

## 45. Neujahrsempfang des SPD Kreisverbandes

Esslingen

8. Februar 2019 – Eintrachthalle Köngen

Präsident

Ulrich Lilie  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
Telefon: +49 30 65211-1763  
Telefax: +49 30 65211-3763  
praesidialbereich@diakonie.de

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Im Ruf nach einfachen Antworten, spiegelt sich oft eine Sehnsucht nach anderen Fragen.“

Das hat der us-amerikanische Philosoph Michael Sandel jüngst in einem Interview der „Zeit“ gesagt. Ein starker Satz. Mitten in der politischen Sprachlosigkeit öffnet er den Weg nach vorne und weist Arroganz und Angst in die Schranken. Was geschähe, wenn es uns gelingen könnte, die Vereinfacherinnen und Vereinfacher, die das politische Klima in unserem Land so aufzuheizen verstehen, nicht allein als Gegner, sondern auch als unfreiwillige Wegweiser zu sehen? Was, wenn es lohnen könnte, den besorgten Bürgerinnen und Bürgern viel genauer zuzuhören? Was, wenn sie uns helfen könnten, bessere Fragen zu stellen? Und bessere Antworten zu finden? Ich glaube, es ist an der Zeit vom alten Sokrates zu lernen, der bekanntlich durch die Straßen Athens und von Piräus spazierte und die sicher auch damals bereits besorgten Bürgerinnen und Bürger in Gespräche verwickelte und neue Fragen entwickelte.

„Besorgte Bürger“ gibt es schließlich in allen politischen Lagern. Männer und Frauen, die sich Gedanken machen über unser Land, die Ideen haben und Kritik äußern. Zu viele sind verstummt, manche schwadronieren und schimpfen, andere radikalisiert sich.

Es sind Menschen, die die rasanten Veränderungen, die unsere Gesellschaft durchmacht, vor allem als Krise erleben. Die die jahrzehntelangen Versäumnisse der Integrations- und Wohnungsbaupolitik, die Härten von Harz IV in der eigenen Nachbarschaft erleben und die Vorteile von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft für sich nicht mehr entdecken können.

Auch unter dem Dach der Diakonie begegnen wir Menschen, die den Männern und Frauen „da oben“ wenig zutrauen. Man trifft sie in Seniorenheimen , in der Behindertenhilfe, in der Obdachlosenarbeit, in Krankenhäusern, Wohngruppen und Beratungsstellen.

Auch unter unseren Klientinnen und Klienten, aber auch unter unseren Mitarbeitenden vermute ich Menschen, die schon lange keine Zeitung mehr lesen – auch nicht online, weil „die Medien“ lügen. Die wütend sind, oder frustriert.

Viele Menschen in strukturschwachen Regionen mit hohem Anteil rechtspopulistischer Wähler fühlen sich schlicht von der Politik verlassen. Diese Entfremdungsprozesse aus der Demokratie dürfen uns nicht egal sein.

Nicht Ihnen in der SPD, nicht uns in den Organisationen der freien Wohlfahrt und den Kirchen. Darum nimmt die streitbare Unerhört!-Kampagne der Diakonie mit den großflächigen violetten Plakaten nicht nur Flüchtlinge, Obdachlose oder Alltagshelden ins Visier. Sondern auch die besorgten Bürgerinnen und Bürger. Unerhört! Diese Migrantenkinder! Unerhört! Diese Alten. Unerhört! diese besorgten Bürger.

Wir müssen den Fragen hinter ihrer Empörung unsere politische Aufmerksamkeit widmen. Es gibt schließlich einen Unterschied zwischen Mensch und Meinung. Michael Sandel hat, da bin ich sicher, recht:

„Im Ruf nach einfachen Antworten, spiegelt sich oft eine Sehnsucht nach anderen Fragen.“

Ich bin sicher, meine Damen und Herren, dass es hohe Zeit ist für andere Fragen. Vielleicht auch in ihrer Partei. Ganz bestimmt aber in unserem Land.

Diese neuen Fragen haben es mit mindestens vier großen Herausforderungen zu tun, die vielen Menschen zu Recht große Sorgen machen:

Deutschland wird heterogener

Deutschland wird in einer rapide zunehmenden Geschwindigkeit heterogener. Das hat verschiedene Ursachen: Einerseits haben die Bildungsexpansion und die Liberalisierungsprozesse seit den Siebzigerjahren zu einer durchgehenden Diversifizierung der Lebensstile beigetragen. Und gleichzeitig nimmt der Anteil der Kinder mit Migrationsgeschichte in den deutschen Groß- und Mittelstädten immer schneller zu.

Der Mikrozensus 2011 bescheinigt etwa für Stuttgart fast 57 Prozent der unter Sechsjährigen eine Migrationsgeschichte. In Frankfurt/Main sind es sogar über 75 Prozent. Das sind Zahlen, die sich für andere Städte hochrechnen lassen. Ein anderes Indiz ist, dass bereits in diesem Jahr nur noch etwa die Hälfte der Bevölkerung der Bundesrepublik in einer christlichen Kirche sein wird.

Unterm Strich bedeutet das, dass wir weniger als eine Generation brauchen werden, bis Deutschland genauso „bunt“ ist wie heute schon Frankreich, die Niederlande oder England. Länder also, die auf eine klassische Kolonialgeschichte zurückblicken und sich schon lange als Einwanderungsländer verstehen. Ob „melting

pot“ oder „salad bowl“ – das neue Deutschland ist bunt. Und zwar nicht erst das Deutschland von morgen, sondern – in manchen Regionen – bereits das Deutschland von heute.

Die Folge lässt sich nüchtern in einem Satz zusammenfassen: Die Vorstellungen davon, was ein gutes Leben auszeichnet, werden immer heterogener. Das heißt auch: Die Fremdheitserfahrungen, die Menschen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft machen, nehmen zu. Schlicht und einfach, weil ihr Wohnumfeld sich verändert – und zwar spürbar.

Das müsste kein Drama sein, aber es wird zu oft dramatisch. Diese kulturelle Veränderung braucht politische Gestaltung. Kommunale Moderation. Organisation von Teilhabe.

Denn Vielfalt ist ja nicht einfach nur bunt und schön. Vielfalt verunsichert. Von dieser Verunsicherung hören wir viel. Und ich möchte sie ernst nehmen, die Verunsicherung. Denn die besorgten Menschen haben ja Recht: Es klappt nicht einfach von selbst und versteht sich auch nicht von selbst: Integration, Inklusion, Toleranz. Vielfalt braucht Gestaltung. Multikulti braucht Moderation. Gemeinsame Ziele. Die diverse Gesellschaft muss neu lernen, Wir zu sagen, ohne ihre Vielfalt zu verleugnen. Welches Wir, welches Land wollen wir sein?

Die Frage, die sich angesichts dieser Entwicklung stellt, lautet längst nicht mehr: Wollen wir das? Sondern: Wie wollen wir den soziodemografischen Wandel gestalten? Welches Land wollen wir in zehn Jahren sein? Und wie können wir den Weg zu diesem neuen WIR durchbuchstabieren. Gemeinsam.

Das, liebe Damen und Herren, ist eine der „neuen Fragen“, die hinter der einfachen Antwort: „Ausländer raus! Grenzen schließen!“ auf unsere Beantwortung wartet. Und schon ihre Beantwortung ist eine Mammut-Herausforderung. Aber nur eine.

Deutschland wird sozial ungleicher

Denn gleichzeitig wird Deutschland sozial immer ungleicher. Das gilt mit Blick auf individuelle Lebenslagen besonders für bestimmte Bevölkerungsgruppen: Als besonders armutsgefährdet gelten, wie Sie wissen, Alleinerziehende, Beschäftigte im Niedriglohnsektor, Langzeitarbeitslose, Frauen im Rentenalter sowie Familien mit mehr als zwei Kindern. Man braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um zu prognostizieren, dass Menschen – auch hier sind vor allem Frauen betroffen – mit unvollständigen Erwerbsbiografien, zu den neuen Armen von morgen gehören werden. Wie, bitte, sollten sie sich eine stationäre Altenheimversorgung leisten können? Nicht im Ansatz werden sie das bezahlen können.

Aber dem Thema soziale Ungleichheit in Deutschland wird man nicht gerecht, wenn man sich allein auf die individuellen Lebenslagen konzentriert. Wer das tut, springt zu kurz. Eine Grundrente für Geringverdiener ist gut, aber die soziale Ungleichheit in Deutschland hat noch eine andere Dramatik, wenn man die ungleichwertigen Lebensverhältnisse in den Blick nimmt: Auf kommunaler Ebene.

Ich rede nicht vom Länderfinanzausgleich, nicht von Nord-Süd oder West-Ost-Gefälle, sondern von den unterschiedlichen Lebensbedingungen in benachbarten Regionen. Es macht heute einen entscheidenden Unterschied, wo man alleinerziehend ist. Das ist ein Riesenproblem.

Ich habe zum Beispiel lange im wohlhabenden Düsseldorf gelebt. Solange ich denken kann, sind in der Landeshauptstadt von NRW beitragsfreie Kindertagesstätten für alle die Regel. Es gehört zur Standortpolitik, dass umfangreiche Leistungen allen Familien frei

zur Verfügung stehen. Das betrifft auch den Bereich von Kultur, Sport und andere soziale Angeboten. Wer in Düsseldorf arm ist, hat bestimmt ein Problem mit den Mieten in den Innenstadtbereichen – aber sicher nicht mit den Kita-Gebühren.

Nur wenige Kilometer weiter bietet sich in Wuppertal oder in Duisburg ein gänzlich anderes Bild. Es lässt daran denken, man wäre in einem anderen Land, weil hier die Haushalte eben seit langem unter der Ägide des Regierungspräsidenten stehen und nur noch die Pflichtaufgaben mehr schlecht als recht gelöst werden können. Und das sieht man dann auch am Zustand der Kultureinrichtungen, der Sportstätten, an den Angeboten für Familien und und und.

Dazu kommt eine Art Armutszuwanderung. Denn die Menschen weichen zunehmend in die Regionen aus, wo Mieten noch bezahlbar sind. Das führt dazu, dass in den entsprechenden Kommunen die Anzahl derer steigt, die ein Anrecht auf Unterstützungsleistungen etwa aus dem Hartz- IV- System haben. Die Folge: Die Belastungen für die Haushalte dieser bereits benachteiligten Kommunen wachsen noch, gleichzeitig gehen in der Regel die Gewerbesteuererinnahmen runter. Es ist eine echte Abwärtsspirale.

Zu beobachten in Wilhelmshaven oder Bremen, im Ruhrgebiet, im Gürtel um Nürnberg und und und. Die entsprechenden Orte in Baden-Württemberg werden Sie kennen. Überall in Deutschland finden wir solche abgehängten Regionen, mitunter in direkter Nachbarschaft zu Regionen, denen es finanziell viel und anscheinend immer besser geht, und die mit ganz anderen Problemen kämpfen:

Denn in boomenden Städten wie Düsseldorf können sich viele Menschen die stetig ansteigenden Mieten nicht mehr leisten. Im vergangenen Jahr hat eine repräsentative Umfrage des

Deutschen Caritasverband ergeben, dass drei von vier Menschen in Deutschland fürchten, durch steigende Mieten ihre Wohnung zu verlieren. Dieses Problem reicht tief in den Mittelstand hinein

Die neue Frage hinter der einfachen Antwort: „Der Kapitalismus ist gescheitert!“ heißt: Wie schaffen und erhalten wir in Zeiten eines dynamischen Wandels annähernd gleichwertige Lebensverhältnisse? Wie werden wir ein gesellschaftliches Wir, in dem die Chancen auf Teilhabe gerecht und gleichwertig verteilt sind, unabhängig davon wo ich lebe?

Ich bin sehr froh, dass die Wichtigkeit dieses Themas auch im Bund gesehen wird. Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ der Bundesregierung arbeitet ressortübergreifend, gemeinsam mit den Ländern und den Kommunalen Spitzenverbänden an Lösungen für attraktives Arbeiten und Leben in Stadt und Land. Für den Sommer sind erste Ergebnisse angekündigt. Wir dürfen gespannt sein!

Deutschland wird älter

Eine dritte Herausforderung: Deutschland wird trotz Migration älter. 2017 waren bereits fast ein Viertel der Bevölkerung zwischen 40 und 59 Jahren, noch mal gut 23 Prozent sind jenseits der 60. Die Lebenserwartung ist wunderbarer Weise hoch in unserem Land. Wir können und so darüber freuen.

Doch damit sind auch enorme Herausforderungen für die Versorgung von immer mehr hochaltrigen Menschen verbunden. Allein mit professioneller Hilfe wird das nicht zu schaffen sein. Mehr Pflegekräfte oder mehr Pflegeeinrichtungen können nicht die einzige Antwort sein.

Genauso wenig wie die Rückgabe der Verantwortung an die Familie. Die Frage ist doch: Wie können wir künftig gut leben und älter, lebenswert alt werden? Wie sollen unsere Städte und Dörfer aussehen, in den Menschen – wie Sie und ich – in Würde alt werden wollen? Wir suchen nach neuen Antworten auch auf diese Fragen angesichts einer Transformation der klassischen Familienstrukturen und Wohnsituationen.

Auch dazu brauchen wir ein neues Agreement von Solidarität, ein neues Wir: Es wird einen neuen Mix aus privater, zivilgesellschaftlicher und professioneller Unterstützung brauchen, um den Herausforderungen begegnen zu können.

Der letzte Altenbericht spricht hier von Caring Communities, sorgenden Gemein- und Nachbarschaften, zu denen wir zukünftig wieder alle etwas beitragen müssen. Lebenswertes Altern zu ermöglichen ist auch eine nachbarschaftliche Aufgabe, eine stadtplanerische, eine sozialraumbezogene Aufgabe: Wie gestalten wir unsere Kieze und Kommunen, wie organisieren wir das Leben und die Mobilität in Dorf und Stadtteil, dass Menschen in Würde alt, auch sehr alt werden können?

Zumal: Wenn wir in der diversen Gesellschaft entdecken, dass uns bei allen Unterschieden in Lebensstil, Kultur, Wertesystem der Wunsch verbindet, dass es unseren Kindern und unseren Alten besser geht, kann das in unseren Nachbarschaften viel positive Veränderung bewirken. Es gibt Beispiele in der Diakonie, die belegen, wie gut es einem „Problem“-Stadtteil tun kann, wenn Wohnwirtschaft, Kommune, Religionsgemeinschaften und Wohlfahrt mit den Menschen gemeinsam daran arbeiten, Alten- und Kinderarbeit, Integration- und Bürgerberatung zum Herzen der Nachbarschaft werden zu lassen. In meinem Buch erzähle ich ausführlich davon. Dann hat auch die AfD keine wirkliche Chance.



## Deutschland wird digitaler

Zur vierten Herausforderung, vor der wir gemeinsam stehen: Deutschland wird digitaler. Die Lebens- und vor allem die Arbeitswelt werden sich dramatisch verändern. Der Übergang von der Industrialisierung in die Welt der Postindustrialisierung, für den die Digitalisierung einer der Motoren ist, braucht enorme Gestaltungsleistung. Es gibt Wissenschaftler, wie den Soziologen Andreas Reckwitz, die hier einen Epochenbruch sehen, der in seiner gesellschaftsumwälzenden Kraft mit der Transformation der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft zu vergleichen ist. Mit dem Unterschied: Dass Digitalisierung und Postindustrialisierung ein sehr viel höheres Tempo vorlegen.

Und auch bei diesem Thema geht es um soziale Ungleichheit, um die existenziellen Fragen der Teilhabe – also um Zusammenhalt.

Und damit meine ich ausdrücklich nicht nur den schleppenden Ausbau des schnellen Internets. Oder die Frage, wie die flächendeckende Ausrüstung von Schulen mit Laptops und Whiteboards realisiert werden kann. Das sind natürlich auch wichtige Themen. Doch aus meiner Sicht müssen wir genauso die sozialen Folgekosten der Digitalisierung im Blick behalten.

Digitalisierung wird die Arbeitswelt auf eine Weise verändern, die sich nur schwer vorstellen lässt. Nicht nur sogenannte niedrigqualifizierte Berufe werden erfasst, viele werden wegfallen, auch die Arbeit der Fachärztin, der Pflegefachkraft oder des Architekten werden sich von Grund auf verändern. Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln sieht in den Digitalisierungsprozessen natürlich große Chancen für die Wirtschaft. Aber auch er wird nicht müde darauf hinzuweisen, dass fast die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung nicht hinreichend qualifiziert ist, um die Folgen der Digitalisierung aufzufangen.

Wie stellen wir sicher, dass der große Anteil der Menschen, die jetzt schon in Sachen Bildung, in Sachen Qualifikation benachteiligt sind, an diesem jetzt notwendigen Qualifizierungsschub überhaupt Anteil haben? Wie stellen wir deren soziale Teilhabe sicher? Wie verhindern wir, dass die Bildungsverlierer von heute – und ihre Kinder – vom Arbeitsmarkt und der Gesellschaft abgehängt werden? Wie stellen wir sicher, dass Bildung eben nicht von der Herkunft abhängt. Da sind wir inzwischen wieder schlechter als in den Siebzigerjahren.

Digitalisierung ist nicht nur eine technische, sondern eine soziale Herausforderung.

Wir brauchen eine Bildungsoffensive in Deutschland, die die Menschen mitten im Berufsleben erreicht. Wir müssen die Bundesagentur für Arbeit neu denken und zu einer Bundesagentur für Qualifikation weiterdenken. Digitale und individualisierte Bildungsförderungsplattformen können helfen. Zeiten der Beschäftigungslosigkeit müssen ganz anders Zeiten der Qualifizierung werden. Zu erwartenden Beschäftigungslosigkeit braucht Begleitung. Das sind nur Stichworte.

Zum anderen geht es aber auch darum im dualen Ausbildungssystem eine Idee von New Work zu realisieren. Wie kann sich die Arbeitswelt so verändern, dass sich die Chancen der Digitalisierung – Stichwort mobiles Arbeiten – , hinein übersetzen lassen in anderen Lebensbereiche, die wir heute noch als Konkurrenz zum Beruf verstehen.

Lassen sich Fragen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sei es im Blick auf Elternzeit oder Pflege von Angehörigen, anders in den Bildungsweg integrieren? Muss man andererseits notwendige

Bildungszeiten genau wie Pflege- oder Elternzeit auf die Rente anrechnen lassen?

Wie lassen sich „Lerninseln“ denken, denen man sich weiter qualifizieren, vielleicht auch neu erfinden kann, denken? Sollte es nicht möglich sein, dass wer etwa als Lagerist nicht mehr arbeiten kann, ein soziales Jahr einschiebt, dort seine Freude an der Pflege entdeckt, und „barrierefrei“ umgeschult werden kann? Wie kann man das finanzieren? Wir müssen die beruflichen und die Bildungskarrieren neu erfinden. Auch das meint die Herausforderung durch die Digitalisierung:

Es geht nicht nur um Breitband oder dass wir Spitzenplätze bei der Entwicklung von KI besetzen. Es geht um den sozialen Frieden im Land.

## Die Metamorphose der Welt

Und als wäre das nicht schon komplex genug, geschieht all das in unserem Land vor einem Hintergrund, den der 2015 verstorbene Soziologe Ulrich Beck in einer posthum erschienenen Analyse als eine grundlegende Metamorphose der Welt, als einen globalen Prozess beschrieben hat. Denn fast alles, was wir hier und heute tun oder lassen, hat unmittelbar Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit von Menschen in anderen Regionen der Welt. Was wir einkaufen, wie wir mit Energie umgehen, wohin wir Waffen exportieren - das hat Konsequenzen und diese Konsequenzen wirken wieder auf uns zurück. Die zunehmende Unterschiedlichkeit bei gleichzeitig tiefer Verflechtung der Menschen auf diesem erwählten Planeten kennzeichnet das „Zeitalter der Nebenfolgen“, von dem Beck spricht.

Das sind ganz grob umrissen einige der Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben. Es sind in der Tat gigantische

Herausforderungen. Sei setzen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewaltig unter Spannung. Wir werden gemeinsam daran zu arbeiten haben, dass dieser Zusammenhalt nicht reißt.

Und, liebe Damen und Herren, die Menschen wissen das, auch – und vielleicht gerade – die besorgten Bürgerinnen und Bürger. Es macht keinen Sinn, sie aus „Das-ist-dem-Wahlvolk- nicht-vermittelbar“-Gründen zu schonen.

Vielleicht sollten wir uns alle eher auf schwierige Zeiten vorbereiten und eingestehen, dass diese Wandlungsprozesse Zeit brauchen, dass wir bei Ihrer Gestaltung „auf Sicht fahren“ und keiner garantieren kann, dass bald alles wieder in friedlicheren Fahrwassern ist. Auch die Industrialisierung stürzte die Gesellschaftsordnung in unruhige, krisenhafte Zeiten. –

Und ich habe noch kein Wort über den Klimawandel verloren, der auch an diesem Freitag die Jugend in einer Vielzahl Länder wieder auf die Straße treibt.

Welches Land wollen wir sein?

Wie antworten wir auf diese komplexen Problemlagen? Welches Land wollen wir sein? Wie erreichen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem diverser, älter, digitaler und sozial ungleicher werdenden Land in einer globalisierten Welt? Wie schaffen wir Identität und Gemeinsinn?

Eine gerne gegebene einfache Antwort setzt auf gemeinsame Werte. Wenn wir uns auf einen Kanon gemeinsamer Werte verständigen könnten – zum Beispiel christliche oder humanistische – sei eine Menge gewonnen. Ich habe da Zweifel. Auch wenn ich für eine starke Kirche eintrete. Und ich bin mit diesen Zweifeln nicht alleine.

Hans Joas, ein namhafter Soziologe, den ich sehr schätze, und der sich viel mit Fragen rund um die Entstehung der Werte beschäftigt hat, sagt: „Eine Gesellschaft braucht für ihren Zusammenhalt keineswegs in erster Linie gemeinsame Werte. Was eine moderne Gesellschaft bei allen Unterschieden zusammenhält, ist das Gefühl a l l e r Gruppen, gehört zu werden, sowie das grundlegende Gefühl der Gerechtigkeit. Wenn beides nicht mehr gegeben ist, bekommen Gesellschaften ein Problem.“ (Die Zeit, 2.Juni 2016)

Ich bin sicher, er hat Recht.

Die Erfahrung gehört, wirklich gehört zu werden, ist der Anfang von allem Handeln, das Gesellschaft nachhaltig zum Besseren verändern kann.

Die Bewegung der Gelbwesten in Frankreich oder bei Ihnen in Stuttgart? Unerhörte Menschen, die sich mitunter auf rabiate Weise Gehör verschaffen.

Pegida? Nicht nur gefährliche Rechtspopulisten – sondern auch Menschen, die sich übergangen fühlen, und die ihre Fragen in zu einfache Antworten übersetzen lassen.

Sie verdienen mehr als Abwehr und reflexhaft Empörung.

Ja, wir leben in Zeiten von Krach- und Krawallmachern. Ja, das kann einen ärgerlich machen. Da kann einem die Lust aufs Zuhören vergehen. Gerade weil diese grassierende Empörungslust kein politisches Lager kennt. Sie existiert in rechten, liberalen oder linken Spielarten. Für die Demokratie hat das negative Nebenwirkungen: Der Dauerton der Empörung behindert jeden Dialog. Nicht nur in der Politik. Auch im Privatleben.

Die Kunst des Zuhörens, aber auch die die Kraft des vernünftigen Arguments, die Anstrengung des kontroversen Dialogs sind auf den Hund gekommen. In dieser Woche hat der Historiker Professor Dr. Peter Graf Kielmansegg in einem lesenswerten Beitrag in der FAZ vom Montag darauf hingewiesen, dass uns quasi eine Sprache fehle, die dazu beiträgt in den leidenschaftlichen Debatten rund um die Fragen der Migrationspolitik zu wirklich Lösungen zu finden. Er nennt das „eine Sprache der Mitte“. Ich zitiere:

„Eine Sprache, die Raum schafft für einen politischen Diskurs ohne Feindseligkeiten; eine Sprache, die hilft, den unvermeidlichen politischen Konflikt über die Jahrhundertherausforderung Migration so zu bändigen, dass er die Gesellschaft nicht zerreißt – eine solche Sprache ist freilich nicht voraussetzungslos verfügbar, auf nichts als den guten Willen der Beteiligten angewiesen. Die erste und wichtigste Voraussetzung der Möglichkeit, in einer Sprache der Mitte miteinander zu reden, ist diese: Wir müssen gemeinsam die Realitäten ins Auge fassen. Oder jedenfalls gewisse elementare, für das Migrationsgeschehen konstitutive Realitäten.“ Zitat Ende.

Der gemeinsame unaufgeregte Blick auf die Faktenlage ist das das eine.

Und dazu kommt eben diese grundsätzlichere Haltung, auf die wir in unserem Deutschland der vielfältigen Lebensentwürfe nicht verzichten können: Der Respekts vor der Andersartigkeit des Anderen, der sich darin zeigt, dass wir die anderen so ernst zu nehmen, wie wir selber ernst genommen werden wollen. Dass wir die Geschichten, die hinter den Meinungen stehen, kennenlernen. Zuhören ist der Anfang des Zusammenhalts.

Was sind die neuen Fragen hinter den einfachen Antworten?  
Welche Lebensgeschichten verbergen sich hinter Einstellungen,

die zunächst befremden. Wie ist der Alltag der alleinerziehenden Friseurin in Hoyerswerda, des ehemaligen Steigers in Bottrop, der Metzgereifachverkäuferin in Ostwestfalen oder des KFZ-Mechanikers aus Esslingen. Dass diese Lebensgeschichten wichtig sind für unser Land, das brauche ich Ihnen als Sozialdemokraten eigentlich nicht zu erzählen.

Wie muss die Gesellschaft aussehen, in die Menschen mit diesen Lebenserfahrungen sich mit ihren Ideen einbringen wollen?

Seit einigen Monaten sickert diese Einsicht immer tiefer in Diskurse ein: Zuhören ist der Anfang. Zuhören schafft Zugehörigkeit. Und aus Zugehörigkeit wächst Verantwortung. Das ist kein Kitsch. Das ist eine Frage der Haltung, das ist demokratische Kultur – und harte Arbeit.

Kommunen - Räume des Zuhörens und der Zugehörigkeit

Zuhören kann man nicht im luftleeren Raum. Das Zuhören, das etwas bewirken kann, braucht konkrete Orte, an denen sich die positiven Folgen des Zuhörens manifestieren. Wir brauchen Räume, in denen sich die Verschiedenen begegnen können – mediale Räume, aber auch gesellschaftliche Räume. Und hier rede ich nicht vom Großen Ganzen, sondern vom Kleinen und Besondern. Vom Dorf, vom Kiez, von der Nachbarschaft. Wo sind diese Räume? Wie kann man sie neu erfinden?

Johannes Rau, Sozialdemokrat mit Leib und Seele, hat einmal gesagt: „Kommune ist der Ernstfall der Demokratie.“

Ich bin überzeugt, dass die Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf der kommunalen Ebene buchstabiert werden müssen. Die Menschen müssen in ihren Nachbarschaften erleben können, dass ihre Kinder und Alten ein gutes Leben haben, dass ihr

Arbeitsleben Früchte trägt und ihre Vorstellungen vom guten Leben Platz haben.

Wir alle, Bürgerinnen und Bürger, Politik – in Bund und Land -, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, von den religiösen Gemeinschaften bis zu den Sportvereinen, von den Trägern der Altenhilfe bis zu den Playern der Wohnungswirtschaft sind gefragt: Vor dem Hintergrund der ungleichwertigen Lebensverhältnisse muss es uns gemeinsam gelingen, dafür zu sorgen, dass die Menschen in Duisburg und Düsseldorf, in Hoyerswerda und Jena, in Völklingen und Frankfurt am Main den Wandel zur diversen, digitalen, postindustriellen, alternden Gesellschaft halbwegs ähnlich erleben und die Erfahrung machen, dass sie mit ihren Gaben und Grenzen Teil der Lösung sind. Wir werden das Engagement jedes einzelnen brauchen, jeder besorgte Bürger, jede Bürgerin – mit und ohne Migrationshintergrund – ist wichtig.

Wenn wir das hinbekommen, meine Damen und Herren, werden wir aus dieser gewaltigen Transformation gestärkt herausgehen. Wenn nicht, drohen auch unserem jungen Einwanderungsland die Problematiken der Länder, die eine Kolonialgeschichte haben. Wenn nicht, wird der Übergang in die digitalisierte, postindustrielle Gesellschaft für viel zu viele eine Rutschpartie ins Prekariat. Wenn nicht, werden Populisten und andere Leute die Straße regieren.

Wenn wir das nicht wollen, müssen wir uns diesen Herausforderungen jetzt stellen.



Ich habe die Sozialdemokratische Partei immer als eine Partei erlebt, die nach vorne denkt. Die Gesellschaftsmodelle geschaffen hat, die sich an Gerechtigkeit und Solidarität orientiert und sich um Perspektiven für alle gekümmert hat. Wenn nicht Sie – wer dann? Ich bin sicher, Sie können Partnerinnen und Partner finden, die mit Ihnen an diesen Zielen arbeiten wollen.

„Hoffnung ist ins Gelingen verliebt“ – das haben wir von Ernst Bloch gelernt.

In diesem Sinn: Ein gutes neues Jahr.